

Verordnung über die Gebühren zum Zivilrecht (GebV)¹

Vom 8. Januar 1991

GS 31.491

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 126 des Gesetzes vom 30. Mai 1911² über die Einführung des Zivilgesetzbuches (EG ZGB) sowie auf § 18 des Gesetzes vom 17. Oktober 2002³ über die Einführung des Obligationenrechts (EG OR) beschliesst:⁴

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1⁵ Geltungsbereich

Diese Verordnung regelt die Gebührenerhebung für Bewilligungen und Verrichtungen durch die kantonalen und kommunalen Amtsstellen sowie die privaten Notarinnen und Notare, wie sie im schweizerischen und im kantonalen Zivilrecht vorgesehen sind.

§ 2 Umfang der Gebühr

¹ Die Gebühr ist das Entgelt für einen Geschäftsakt und alle damit notwendig zusammenhängenden Tätigkeiten wie Abklärungen, Beratungen, Verhandlungen, Ausfertigung des Aktes sowie die notwendigen Mitteilungen.

² Zustimmungende und ablehnende Entscheide sind gleichermassen gebührenpflichtig.

³ Auslagen für Erhebungen (Gutachten, Sachverständigenberichte usw.), Fahrten, Veröffentlichungen, Porti, Telefongespräche usw. werden besonders in Rechnung gestellt. Für die einzelnen Geschäfte können Pauschalen gemäss den durchschnittlich anfallenden Auslagen festgelegt werden.⁶

⁴ Für Fotokopien können neben den Gebühren pro Seite 1 Fr. erhoben werden.⁷

1 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

2 GS 16.104, SGS 211

3 SGS 212

4 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

5 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

6 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

7 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

§ 2a¹ Bemessung der Aufwandgebühren

¹ Die Aufwandgebühren der Notariate der Bezirksschreibereien sowie der Erbschafts- und Grundbuchämter bemessen sich nach den folgenden Ansätzen:

- a. Notarinnen und Notare: 150 Franken pro Stunde;
- b. Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter: 120 Franken pro Stunde;
- c. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter: 100 Franken pro Stunde.

² Die Aufwandgebühren betragen maximal 2'000 Franken.

§§ 3 und 4²

§ 4a³ Gebührenberechnung in besonderen Fällen

¹ Bei ausserordentlich aufwändigen Fällen kann die Gebühr über den Gebührenrahmen, höchstens jedoch bis zur maximalen Aufwandgebühr gemäss EG ZGB⁴ erhöht werden.⁵

² und ³ ...⁶

§ 4b⁷ Vorbereitung durch Dritte

Werden Dokumente durch Dritte vorbereitet und der Behörde vorgelegt, so ist die volle Gebühr geschuldet.

§ 5⁸ Gebühr für nicht zustandegekommene Geschäfte

¹ Wird ein ganz oder teilweise vorbereitetes Geschäft zurückgezogen oder kommt es nicht zu Stande, so ist eine Gebühr entsprechend dem Arbeitsaufwand zu erheben.

² Die Gebühren für die Ausfertigung von notariellen Urkunden werden der anmeldenden Partei in Rechnung gestellt. Bei mehreren Anmeldenden kann die ganze Rechnung einem der beiden auferlegt werden.

§ 6⁹ Gebührentragung

¹ Wer eine Anmeldung einreicht oder eine Amtshandlung veranlasst, haftet für die Bezahlung der Gebühren und Auslagen.

² Die Vertragsparteien haben je die Hälfte der Gebühren zu entrichten, sofern im Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

1 Ergänzung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

2 Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.433), mit Wirkung ab 1. Januar 2005.

3 Ergänzung vom 29. November 1994 (GS 31.830), in Kraft seit 1. Januar 1995.

4 GS 16.104, SGS 211

5 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

6 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.

7 Ergänzung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

8 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

9 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

³ Mehrere Partner einer Vertragspartei haften solidarisch für die in Rechnung gestellten Gebühren und Auslagen.

⁴ Es kann ein Kostenvorschuss bis zur Höhe der voraussichtlichen Gebühr einverlangt werden. Amtshandlungen, die nur auf Antrag vorzunehmen sind, können verweigert werden, solange der Kostenvorschuss nicht geleistet ist.

§ 7 Gebührenverfügung

Die Gebühren inklusive Auslagen werden mit Abschluss der Amtstätigkeit in Rechnung gestellt.

§ 8 Fälligkeit, Verzugszins

¹ Die Zahlungsfrist für rechtskräftig verfügte Gebühren beträgt 30 Tage.

² Nach Ablauf der Zahlungsfrist wird ein Verzugszins erhoben. Die Höhe richtet sich nach dem für die Staatssteuer geltenden Zinssatz.

³ Die erste Mahnung erfolgt kostenlos, weitere Mahnungen werden mit 40 Fr. pro Mahnung in Rechnung gestellt.¹

§ 9 Gebührenbefreiung

¹ Keine Gebühren werden erhoben beim Erwerb von Liegenschaften, Abschluss von Tauschverträgen, bei der Begründung und Übertragung von Kaufrechten an Liegenschaften sowie bei der Eintragung von Dienstbarkeiten durch den Kanton und seine unselbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden. Sie bezahlen bei Verkäufen und der Errichtung von selbständigen und dauernden Baurechten für ihren Hälfteanteil ebenfalls keine Gebühren.²

² Für alle übrigen Geschäfte dieser Verordnung bezahlen die öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden die ordentlichen Gebühren.³

§ 10⁴ Gebührenerlass

¹ Aufwandgebühren und Auslagen können auf Gesuch hin ganz oder teilweise erlassen werden, wenn ein finanzieller Härtefall vorliegt oder wenn die Gebühr unter Würdigung der gesamten Umstände als zu hoch erscheint.

² Promillegebühren können auf Gesuch hin natürlichen Personen ganz oder teilweise erlassen werden, wenn ein finanzieller Härtefall vorliegt.

³ Das Gesuch muss in jedem Fall vor Einleitung einer Betreuung gestellt werden.

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

² Fassung vom 29. November 1994 (GS 31.830), in Kraft seit 1. Januar 1995.

³ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁴ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

§ 11 Zuständigkeit für Gebührenerlass

¹ Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion ist für den Erlass kantonaler Gebühren dieser Verordnung bis zum Betrag von 5 000 Fr., der Regierungsrat für höhere zuständig.

² Der Gemeinderat und in den Fällen von § 17 die Vormundschaftsbehörde sind für den Erlass von gemeindeeigenen Gebühren zuständig.

§ 12¹

B. Gebühren für den Kanton

§ 13² Allgemeine Gebühren

1	Namensänderung (ZGB 30 Absatz 1; EG ZGB 16)	500-700 Fr.
2	Adoption (ZGB 268 Absatz 1; EG ZGB 16)	700-1'000 Fr.
3	Adoptionsbescheinigung (BG-HAÜ ³ 12)	50-200 Fr.
4	Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte (ZGB 265, 287, 288, 404, 422)	50-1'000 Fr.
5a.	Pflegekinderbewilligung ausserhalb des Anwendungsbereichs des HAÜ ⁴ und des BG-HAÜ ⁵ (ZGB 316)	200-1'000 Fr.
5b.	Bewilligungen und Entscheide im Anwendungsbereich des HAÜ ² und des BG-HAÜ ⁽⁷⁾ vorbehalten bleibt Ziffer 3	400-2'000 Fr.
5c.	Für Auslagen für Erhebungen, Erstellung von Berichten, Übersetzungen usw. in Verfahren gemäss den Ziffern 5a. und 5b. gilt § 2.	
6	Verlängerung der Deliberationsfrist (ZGB 576, 587; EG ZGB 16)	50-200 Fr.
7 ⁶	Bescheinigungen, Bestätigungen	40 - 500 Fr.

§ 14⁷ Beurkundungsgebühren

I.⁸ Personenrecht

1a.	Errichtung einer Stiftung (ZGB 81)	400-2'000 Fr.
1b.	Änderung einer Stiftung	400-2'000 Fr.

¹ Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

² Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

³ SR 211.221.31

⁴ SR 0.211.221.311

⁵ SR 211.221.31

⁶ Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

⁷ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁸ Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

II.¹ Familienrecht

2a. ²	Ehevertrag sowie Vermögensvertrag, auch in Verbindung mit erbrechtlichen Verfügungen (ZGB 184 und PartG ³ 25)	400-2'000 Fr.
2b.	Änderung	400-2'000 Fr.
2c.	Aufhebung	200-600 Fr.
3a.	Aufnahme eines Inventars mit öffentlicher Urkunde (ZGB 195a)	400-2'000 Fr.
3b.	Aufnahme eines Scheidungsinventars (EG ZGB 14)	400-2'000 Fr.
3c. ⁴	Aufnahme eines Inventars der eigenen Vermögenswerte (PartG11 20)	400-2'000 Fr.
4	Errichtung einer Familienstiftung (ZGB 335)	400-2'000 Fr.
5a.	Errichtung einer Gemeinderschaft (ZGB 337)	400-2'000 Fr.
5b.	Änderung einer Gemeinderschaft	400-2'000 Fr.

III.⁵ Erbrecht

6a.	Errichtung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung (ZGB 498, 499)	400-2'000 Fr.
6b.	Änderung einer öffentlichen letztwilligen Verfügung	400-2'000 Fr.
7a.	Errichtung eines Erbvertrags, auch in Verbindung mit güter- und sachenrechtlichen Verfügungen (ZGB 512)	400-2'000 Fr.
7b.	Änderung eines Erbvertrags	400-2'000 Fr.

IV. Sachenrecht

8	Aufhebung des Teilungsanspruchs bei Miteigentum (ZGB 650)	100-300 Fr.
9a. ⁶	Verträge auf Eigentumsübertragung (ZGB 657)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
9b. ⁷	Tauschverträge	Aufwandgebühren gemäss § 2a
9c. ⁸	Realteilung von Gesamt- und Miteigentum	Aufwandgebühren gemäss § 2a

1 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

2 Fassung vom 19. Dezember 2006 (GS 35.1105), in Kraft seit 1. Januar 2007.

3 SR 211.231

4 Ergänzung vom 19. Dezember 2006 (GS 35.1105), in Kraft seit 1. Januar 2007.

5 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

6 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

7 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

8 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

10	Aufhebung oder Änderung einer gesetzlichen Eigentumsbeschränkung (ZGB 680)	100-300 Fr.
11	Vereinbarung über Aufhebung oder Änderung des gesetzlichen Vorkaufsrechts im Miteigentums- oder Bauverhältnis (ZGB 682, GBV 71a)	100-300 Fr.
12a. ¹	Begründungsakt für Stockwerkeigentum, Vertrag oder Erklärung (ZGB 712d)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
12b.	Änderung sowie Aufhebung des Stockwerkeigentums (ZGB 712b)	300-2'000 Fr.
13a.	Bestellung einer Nutzniessung an Grundstücken (ZGB 746)	100-1'000 Fr.
13b.	Änderung	100-300 Fr.
14	Inventar über Nutzniessungsgegenstände (ZGB 763)	100-1'000 Fr.
15a.	Bestellung eines Wohnrechtes (ZGB 776)	100-1'000 Fr.
15b.	Änderung	100-300 Fr.
16a. ²	Bestellung eines selbständigen und dauernden Baurechts (ZGB 779a)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
16b.	Änderung des Baurechtsvertrags	100-1'000 Fr.
17	Bestellung einer Dienstbarkeit oder Grundlast (ZGB 783)	100-1'000 Fr.
18a. ³	Errichtung einer Grundpfandverschreibung, eines Schuldbriefs, einer Gült oder einer Schiffsverschreibung (ZGB 799)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
18b. ⁴	Pfandbeschwerden	Aufwandgebühren gemäss § 2a
18c.	Pfandvermehrungen	100-500 Fr.
18d.	Änderung der Vertragsbestimmungen inkl. Umwandlung von Pfandrechten (Inhaber- in Namensschuldbrief, Maximal- in Kapitalhypothek und umgekehrt, Pfandrechteilungen und -zusammenlegungen, Erhöhung Maximalzins usw.)	300-1'000 Fr.
18 ⁵	Bei Grundbuchgeschäften wird für die Abwicklung des Geldverkehrs (Bezug und Auszahlung von Darlehenskapitalien und Kaufpreisen, Abrechnungen usw.) eine Gebühr von 500-2'000 Fr. erhoben.	

V. Obligationenrecht

19 ⁶	Ersatz der Unterschrift (OR 15)	50-200 Fr.
-----------------	---------------------------------	------------

1 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

2 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

3 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

5 Ergänzung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

6 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

20 ¹	Unmöglichkeit der Rückgabe eines Schuldscheines (OR 90)	200-500 Fr.
21a. ²	Grundstückkauf (OR 216 I)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
21b.	Vorverträge (OR 216 II)	400-2'000 Fr.
21c. ³	Kaufs- und Rückkaufsrechte über Grundstücke (OR 216 II)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
21d.	Vorkaufsrechte über Grundstücke	200-2'000 Fr.
22. ⁴	Tausch (OR 237)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
23a. ⁵	Schenkung von Grundstücken (OR 243)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
23b.	Schenkungsrückfall bei Grundstücken unabhängig vom Schenkungsvertrag (OR 247)	100-1'000 Fr.
23c.	Verkehrswertschätzung von Grundstücken durch die Steuerverwaltung, sofern das Rechtsgeschäft nicht zu Stande kommt	100-2'000 Fr.
24. ⁶	Bürgschaftserklärung (OR 493)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
25a. ⁷	Errichtung und Änderung eines Verpfändungsvertrags (OR 522)	400-2'000 Fr.
25b.	zusätzlich für damit verbundene Eigentumsübertragungen von Liegenschaften Grundbuchgebühr für Eigentumsübertragungen gemäss § 16 Ziffer 3a. hienach	
26a. ⁸	Gründung einer Aktiengesellschaft (OR 620 ff.) Für damit verbundene Eigentumsübertragungen von Liegenschaften durch Singularkzession (Sacheinlagen) ist zusätzlich die Beurkundungs- und Grundbuchgebühr für Eigentumsübertragungen gemäss § 14 Ziffer 9a und § 16 Ziffer 3a zu berechnen.	800-1'500 Fr.
26a ^{bis9}	Nachliberierung	500-1'500 Fr.
26b. ¹⁰	Kapitalerhöhung (ordentliche, genehmigte, bedingte), Generalversammlungsbeschluss (OR 650)	gleiche Gebühr wie Ziffer 26a

1 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

2 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

3 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

5 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

6 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

7 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

8 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

9 Ergänzung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

10 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

26c.	... ¹¹	
26d.	Kapitalherabsetzung und Protokolle anderer Generalversammlungsbeschlüsse sowie weitere Verrichtungen.	200-2'000 Fr.
27	Kommanditaktiengesellschaft (OR 764 ff.) gleiche Gebühr wie Ziffer 26 a-d hievor	
28a.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (OR 772 ff.) gleiche Gebühr wie Ziffer 26 a-d hievor	
28b. ²	Abtreten eines Gesellschaftsanteils (OR 791)	200-1'500 Fr.
29 ³	Wechselproteste (OR 1034)	200-1'000 Fr.
30 ⁴	Checkproteste (OR 1128)	200-1'000 Fr.
VI.⁵	Fusionsgesetz⁶	
30a.	Fusionsbeschluss (FusG 20), pro Rechtsträger	200-800 Fr.
30b.	Spaltungsbeschluss (FusG 44), pro Rechtsträger	200-800 Fr.
30c.	Umwandlungsbeschluss (FusG 65)	400-1'600 Fr.
30d.	Vermögensübertragungsvertrag (FusG 70 II)	200-800 Fr.
30	Feststellungsurkunde betreffend Übergang des Eigentums bei Fusionen von nicht im Handelsregister eingetragenen Vereinen oder Stiftungen sowie bei Abspaltungen (FusG 104 III)	200-500 Fr.
30f.	Neugründungen, Nachliberierung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Abtreten von Gesellschaftsanteilen im Rahmen einer Fusion, Spaltung, Umwandlung oder Vermögensübertragung zusätzlich gleiche Gebühr wie Ziffer 26a-28a	
VII.⁷	Weitere öffentliche Beurkundungen	
31	Beurkundung einer privaten Baulandumlegung (BauG 72)	400-4'000 Fr.
31. ^{bis}	Aufteilung und Vereinigung von Grundstücken	200-4000 Fr.
32 ⁸	Öffentliche Beurkundung von Willenserklärungen, die nach Gesetz dieser Form nicht bedürfen	200-2'000 Fr.

1 Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.433), mit Wirkung ab 1. Januar 2005.

2 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

3 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

4 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

5 Ergänzung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

6 SR 221.301

7 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

8 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

33⁹ Urkunden über Tatbestände, Hergänge und rechtliche Verhältnisse, die in diesem Abschnitt nicht aufgezählt sind, wie Verlosungen, Wettbewerbe usw. 200-2'000 Fr.

VIII.² Beglaubigungen

34 Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens (EG ZGB 23b) 10-100 Fr.

35³ Beglaubigung einer Abschrift, einer Fotokopie oder eines Auszuges (EG ZGB 23b) 10-500 Fr.

§ 15⁴ Erbschaftsgebühren

1a.⁵ Aufbewahrung einer Verfügung von Todes wegen, eines Ehevertrages oder eines Vermögensvertrages (ZGB 504, 505, 512 ff., PartG⁶ 25; EG ZGB 14) 40-100 Fr.

1b. Auswechseln einer Verfügung oder von Beilagen 20-100 Fr.

1c. Deponierung von weiteren Verfügungen oder Beilagen 20-100 Fr.

2.⁷ Willensvollstreckung durch das Erbschaftsamtsamt oder den Bezirksschreiber (ZGB 517 ff.) Aufwandgebühren gemäss § 2a

3 Siegelung einer Erbschaft (ZGB 552; EG ZGB 61) 200-1'000 Fr.

4a.⁸ Aufnahme eines Erbschaftsinventars (ZGB 553, 581; EG Aufwandgebühren gemäss § 2a ZGB 62)

4b.⁹ Aufnahme eines Nebeninventars auf Antrag der Behörde, welche das Hauptinventar erstellt 200-2'000 Fr.

4c. ...¹⁰

5.¹¹ Erbschaftsverwaltung (ZGB 554, 555; EG ZGB 64) Aufwandgebühren gemäss § 2a

6 Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (ZGB 557, 558):

6a. für die Eröffnung selbst 50-300 Fr.

6b. für die Anzeigen an die Erben und Vermächtnisnehmer je 20-100 Fr.

7 Ausstellung einer Erbgangsbeurkundung bzw. Erbenbescheinigung (ZGB 559) 50-1'000 Fr.

1 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 2 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 3 Fassung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.
 4 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.
 5 Fassung vom 19. Dezember 2006 (GS 35.1105), in Kraft seit 1. Januar 2007.
 6 SR 211.231
 7 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 8 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 9 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 10 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.
 11 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

8¹ Erbenermittlung 50-2'000 Fr.

8b. ...²

9.³ Aufnahme eines öffentlichen Inventars (ZGB 581) Aufwandgebühren gemäss § 2a

10a. Anordnung eines Rechnungsrufes (ZGB 582; EG ZGB 65) 100 Fr.

10b. Vormerkung der eingegangenen oder von Amtes wegen aufgenommenen Anmeldung im Inventar, pro Eingabe (ZGB 582, 583) 20 Fr.

10c. Anzeigen pro Schuldner und Gläubiger (ZGB 537 ff., 583) je 20 Fr.

11 Handänderungs- und Schuldübernahmeanzeigen je 50 Fr.

12 Auflage des Inventars (ZGB 584) 50 Fr.

13 Aufforderung zur Erklärung über den Erwerb der Erbschaft (ZGB 567 f., 587) je 20 Fr.

14.⁴ Erbschaftsliquidation (ZGB 593 ff.) Aufwandgebühren gemäss § 2a

15a.⁵ Erbteilungsvertrag (ZGB 607 ff., 634 ff.) Aufwandgebühren gemäss § 2a

15b. Antrag auf Erbteilung (GBV 18) 200-2'000 Fr.

15c. Erbenverhandlung (EG ZGB 69) 300-5'000 Fr.

16 Verfügung nach Art. 612 ZGB mit Einschluss der Anzeigen (ZGB 612) 100-1'000 Fr.

17 Ernennung eines Erbenvertreters oder einer Erbenvertreterin, eines Erbschaftsverwalters oder einer Erbschaftsverwalterin, eines Erbschaftsliquidators oder einer Erbschaftsliquidatorin (ZGB 554, 595, 602) 200-1'000 Fr.

Die Bezirksschreiberei setzt die Entschädigung des Erbenvertreters nach dem Arbeitsaufwand fest. Die Vergütung pro Stunde richtet sich nach einem angemessenen berufsüblichen Ansatz.

18 für aufwendige Akteneinsicht 50-500 Fr.

19⁶ Weitere Verfügungen und Verrichtungen im Erbschaftswesen, die in diesem Abschnitt nicht aufgezählt sind 30-1'000 Fr.

§ 16⁷ Grundbuchgebühren

1 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 2 Aufgehoben am 21. Dezember 2004 (GS 35.433), mit Wirkung ab 1. Januar 2005.
 3 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 5 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 6 Fassung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.
 7 Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

1	Eröffnung eines Grundbuchblattes (ZGB 943, 945)	50-200 Fr.
2	Liegenschaftsbeschreibung (GBV 4): Änderung im Beschrieb, Mutation (GBV 85 ff.)	20-100 Fr. pro Grundstück
3	Eigentum (ZGB 958):	
3a. ¹	Eintragung eines Eigentumsüberganges (GBV 31 ff.)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
3b.	... ²	
3c.	... ³	
3d.	Umwandlung eines Gesamthandsverhältnisses in ein anderes, ohne Veränderung im Personalbestand (Erben- gemeinschaft, einfache Gesellschaft, Kollektivgesell- schaft, Kommanditgesellschaft, Gütergemeinschaft)	20 Fr. pro Grundstück
3e. ⁴	Änderung des Namens oder des Zivilstands eines Eigen- tümers, bei änderung der Firma, beiausserbuchlichem übergang infolge Fusion, Spaltung oder Vermögensüber- tragung sowie bei änderung der Firma infolge Umwand- lung	50 Fr. pro Person
3f.	Änderung des Eigentums bei Gütergemeinschaft (ZGB 665 III)	100 Fr. pro Grundstück
4	Dienstbarkeiten und Grundlasten (ZGB 958, GBV 35 ff.):	
4a.	Eintragung (auch Ausdehnung):	50-100 Fr. pro Grundstück
4b.	Änderung/Bereinigung:	50-100 Fr. pro Grundstück
4c.	Löschung:	20 Fr. pro Grundstück
5	Grundpfandrechte (ZGB 837 ff., 958; GBV 40 ff.):	
5a. ⁵	Eintragung (auch Erhöhung)	Aufwandgebühren gemäss § 2a
5b.	Änderung an Grundpfandrechten (Pfandentlassungen und -vermehrungen, Änderung der Darlehens- bestimmungen, Titelnachführung usw.)	50-200 Fr. pro Grundpfandrecht

1 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 2 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.
 3 Aufgehoben am 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend ab 1. Januar 2006.
 4 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.
 5 Fassung vom 17. Januar 2006 (GS 35.875), rückwirkend in Kraft seit 1. Januar 2006.

5c.	Eintragung der Gläubigerrechte	50 Fr. pro Grundpfandrecht
5d.	Löschung	50-200 pro Grundpfandrecht
5	Neuausstellung amortisierter Titel sowie Erstellen von Eigentümerschuldbriefen	100-1'000 Fr.
5f.	Umwandlung von Grundpfandrechten	100-1'000 Fr.
6	Anmerkungen (ZGB 962, GBV 78 ff.):	
6a.	Eintrag, Änderung oder Löschung	30-100 Fr. pro Grundstück
6b.	Eintragung von Zubehör (ZGB 644)	30-100 Fr. pro Grundstück
7	Vormerkungen (ZGB 960, 961; GBV 70 ff.) Eintragung, Änderung oder Löschung	50 Fr. pro Grundstück
8	Grundbucheinsicht:	
8a.	Grundbuchauszug (GBV 105 ff.)	40-100 Fr. pro Grundstück
8b.	für aufwendige Einsicht in Grundbuch und Belege	50-500 Fr.
9	Für Eintragungen, die mit Bodenverbesserungen oder mit Bodenaus- tausch zum Zweck der Abrundung landwirtschaftlicher Betriebe zusam- menhängen, werden keine Gebühren erhoben (ZGB 954).	
10	Weitere Eintragungen und Verrichtungen im Grundbuch- wesen, die in diesem Abschnitt nicht aufgezählt sind	50-1'000 Fr.
§ 16a¹ Gebühren für Viehverpfändungen		
1a.	Eintragungen, Änderungen und Löschungen im Verschreibungsprotokoll	10-50 Fr.
1b.	Mitteilungen, Löschungsermächtigungen	10 Fr.
1c. ²	Mitwirkung der Beauftragten für die Landwirtschaft	10-50 Fr.
§ 16b³ Gebühren des Obligationenrechts (EG OR)		
1	Durchführung von Versteigerungen gemäss EG OR	1'000-10'000 Fr.
2	Erteilung von Bewilligungen für Fahrnisversteigerun- gen (EG OR 1, 3)	50-500 Fr.

1 Ergänzung vom 23. November 1993 (GS 31.417), in Kraft seit 1. Januar 1994.
 2 Fassung vom 12. Oktober 1999 (GS 33.800), in Kraft seit 1. Januar 2000.
 3 Ergänzung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

- | | | |
|---|---|---------------|
| 3 | Bewilligung für die berufsmässige Ehe- und Partnerschaftsvermittlung (EG OR 12) | 50-3'000 Fr. |
| 4 | Bewilligung zur Ausgabe von Warenpapieren durch Lagerhalter (EG OR 14) | 200-1'000 Fr. |

C. Gebühren für die Gemeinden; Entschädigung für Vormünder, Beiräte und Beistände

§ 17¹ Vormundschaftsgebühren

- | | | |
|---|--|---------------|
| 1 | Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte (ZGB 134 Absatz 3, 287, 298a Absatz 1, 320, 404, 412, 419, 421) | 50-1'000 Fr. |
| 2 | Prüfung und Genehmigung der Vormundschafts-, Beiratschafts- und Beistandschaftsrechnungen (ZGB 423, 452; EG ZGB 35a Absatz 2, 35b Absatz 2)
vom Rein- und Nutzniessungsvermögen (Nominal- bzw. Kurswert, wenn dieser höher ist), 1.5‰, maximal 50'000 Fr.;
bei Vermögen bis 30'000 Fr. wird keine Gebühr erhoben | |
| 3 | Pflegekinderbewilligung (ZGB 316 Absatz 1) | 200-1'000 Fr. |

§ 18² Entschädigung für Vormünder, Beiräte und Beistände

¹ Die Vormünder, Beiräte und Beistände haben für ihre Amtsführung (Verwaltung des Einkommens und Vermögens inkl. Nutzniessungsvermögens, persönliche Betreuung usw.) Anspruch auf Entschädigung und Ersatz der Auslagen. Die Entschädigung und der Auslagenersatz werden aus dem Vermögen und Einkommen des Mündels und, bei dessen Mittellosigkeit, von der Vormundschaftsbehörde ausgerichtet.

² Die Vormünder, Beiräte und Beistände haben pro zweijährige Rechnungsperiode zu beanspruchen:

- a. für die Vermögensverwaltung ohne Liegenschaften 1‰ der Aktiven ohne Liegenschaften;
- b. für die Verwaltung von Liegenschaften 3‰ des Katasterwertes;
- c. für die Einkommensverwaltung 1% der Einkünfte;
- d. für die persönliche Betreuung 400–2'000 Fr.;
- e. für die Amtsführung ausserhalb der Buchstaben a–d nach der Mühe, die sie notwendigerweise verursacht, 100–5'000 Fr.

Ist die Entschädigung aufgrund dieser Ansätze als eindeutig zu niedrig oder zu

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.
² Fassung vom 19. November 1996 (GS 32.667), in Kraft seit 1. Januar 1997.

hoch zu qualifizieren für die Amtsführung, die notwendigerweise zu leisten war, kann die Vormundschaftsbehörde die Entschädigung angemessen erhöhen bzw. reduzieren.

³ Die Entschädigungen gemäss Absatz 2 Buchstaben a–c können nur beansprucht werden, wenn das Vermögen und das Einkommen vom Vormund, Beirat oder Beistand effektiv verwaltet werden.

⁴ Ist die Rechnungsperiode kürzer als zwei Jahre, so besteht der Anspruch auf die Entschädigungen im Sinne von Absatz 2 Buchstaben a–d pro rata temporis.

⁵ Auslagen, die beansprucht werden, sind zu belegen.

⁶ Wer als Anwältin oder Anwalt oder Treuhänderin oder Treuhänder mit Fach- oder gleichwertigem Ausweis eine Vormundschaft, Beiratschaft oder Beistandschaft wahrnimmt, kann ein Honorar nach dem anwendbaren Berufstarif nur für diejenigen Verrichtungen beanspruchen, für die berufsspezifische Kenntnisse notwendig sind. Ansonsten erfolgt die Entschädigung nach Massgabe von Absatz 2.¹

§ 19 Fertigungs- und Katastergebühren

1. Beurkundung von Verträgen auf Eigentumsübertragung sowie für Fertigungen
die Gebühren für die öffentliche Beurkundung gemäss § 14 hievor
2. Eigentumsübertragungen aufgrund einer Handänderungsanzeige
10 Fr. pro Grundstück
3. Die Katastergemeinden erheben für die Verrichtungen im Katasterwesen
die Grundbuchgebühren gemäss § 16 hievor.

§ 20 Erbschaftsgebühren

1. Verrichtungen des Gemeinderates bei Erbteilungen (EG ZGB 71)
½‰ der Schätzungssumme, mindestens 30 Fr., max. 50'000 Fr.
2. Mitwirkung des Gemeinderates bei einer Inventaraufnahme (EG ZGB 62)
30 Fr. pro Stunde (angebrochene Stunden werden voll berechnet)
3. Mitwirkung des Gemeinderates bei Augenscheinen, Schätzungen und dergleichen, pro Mitglied
30 Fr. pro Stunde (angebrochene Stunden werden voll berechnet)

§ 21²

§ 21a³

¹ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.
² Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.
³ Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

§ 22 Weitere Gebühren

1. Leumundszeugnis 5–20 Fr.
2. Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens 5–100 Fr.
3. Ausstellung anderer Zeugnisse oder Bescheinigungen 5–20 Fr.
4. Beglaubigung einer Abschrift, einer Fotokopie oder eines Auszuges
5–100 Fr. pro ganze oder angebrochene Seite

D. Übergangs- und Schlussbestimmungen**§ 23 Änderung der Verordnung über den Heimatschein**

Die Verordnung vom 23. Juni 1981¹ über den Heimatschein wird wie folgt geändert: ...²

§ 24 Änderung der Verordnung über die Einführung des Sperrfristbeschlusses

Die Verordnung vom 17. Oktober 1989³ über die Einführung des Bundesbeschlusses über die Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke und die Veröffentlichung von Eigentumsübertragungen vom 6.10.1989 wird wie folgt geändert: ...⁴

§ 25⁵ Übergangsregelung der Änderung vom 9. Dezember 2002

Für die bei Inkrafttreten der Änderung vom 9. Dezember 2002 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Regelung.

§ 25a⁶**§ 25b⁷ Übergangsregelung für die Änderung vom 16. Dezember 2003**

Für die bei Inkrafttreten der Änderung vom 16. Dezember 2003 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. Dezember 2003 geltenden Regelung.

¹ GS 27.738, SGS 113.14

² GS 30.505

³ GS 30.407, SGS 211.81

⁴ GS 30.505

⁵ Fassung vom 9. Dezember 2002 (GS 34.721), in Kraft seit 1. Januar 2003.

⁶ Aufgehoben am 9. Dezember 2002 (GS 34.721), mit Wirkung ab 1. Januar 2003.

⁷ Ergänzung vom 16. Dezember 2003 (GS 34.1362), in Kraft seit 1. Januar 2004.

§ 25c¹ Übergangsregelung für die Änderung vom 1. Januar 2005

Für die bei In-Kraft-Treten der Änderung vom 21. Dezember 2004 hängigen Geschäfte richten sich die Gebühren nach der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Regelung.

§ 25d Übergangsregelung für die Änderung vom 17. Januar 2006

¹ Für die Gebühren, die nach dem 31. Dezember 2005 in Rechnung gestellt werden, gelten grundsätzlich die Ansätze gemäss der Fassung vom 17. Januar 2006.

² Ist für Gebühren, die nach dem 31. Dezember 2005 in Rechnung gestellt werden, die bis zum 31. Dezember 2005 geltende Fassung günstiger, so ist diese anzuwenden.

§ 26 Aufhebung bisherigen Rechtes

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden aufgehoben:

- a. die Verordnung vom 8. April 1976² zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und zum Gemeindegesetz (Gebührenverordnung)
- b. die Verordnung vom 22. Dezember 1987³ über Gebühren betreffend das Eherecht.

§ 27 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1991 in Kraft.

¹ Ergänzung vom 21. Dezember 2004 (GS 35.433), in Kraft seit 1. Januar 2005.

² GS 26.67

³ GS 29.553